

Einspruch

---

## Schubumkehr

---

Der Nationalrat will die Regulierung bremsen und damit die Unternehmen entlasten. Die Weltwoche hat meinen Vorstoss letzte Woche kritisiert. Die Kritik blendet aus, wie die Gesetzgebung funktioniert.

Von Hans-Ueli Vogt



---

### Hans-Ueli Vogt

---

Immer mehr Gesetzesvorschriften belasten Unternehmen und Private. Hier noch eine Bewilligungspflicht, dort ein Meldeformular, hier eine neue Sicherheitsvorschrift, dort ein neues Verbot. Haupttreiber der Regulierung ist nicht etwa das Parlament, sondern die Verwaltung: Fast 90 Prozent aller neuen Vorschriften kommen von der Verwaltung, sei es, dass diese selber Vorschriften aufstellt (in Verordnungen, Richtlinien, Merkblättern usw.), sei es, dass sie dem Parlament Vorschläge für neue Gesetze macht. Mit einer Regulierungsbremse kann man den Aktionismus der Verwaltung bremsen und die Belastung der Unternehmen wenigstens konstant halten, nach dem Prinzip «One in, one out»: Für jedes neue Gesetz soll ein altes aufgehoben werden – eine Umschreibung, die freilich zu Missverständnissen einlädt. Der Nationalrat hat vorletzte Woche beschlossen, dass er eine solche Regulierungsbremse einführen will.

«One in, one out» bedeutet, dass der Bundesrat, wenn er dem Parlament ein neues Gesetz oder eine Gesetzesänderung vorlegt, diesem innerhalb einer bestimmten Frist auch Vorschläge unterbreiten muss, wie die Mehrkosten, die mit dem neuen Gesetz verbunden sind, kompensiert werden können. Wenn in Betrieben strengere, mit mehr Kosten verbundene Umwelt- und Brandschutzvorschriften gelten, dann sollen beispielsweise die Kontrollen, die damit zusammenhängen, inskünftig gebündelt und durch eine einzige Behörde durchgeführt werden (was den Aufwand der Unternehmen reduziert). Können die Kosten nicht im gleichen Bereich gesenkt werden, ist nach Entlastungsmöglichkeiten in anderen Bereichen zu suchen. Das «one» in der Formel «One in, one out» bezieht sich also nicht auf ein einzelnes Gesetz oder einen einzelnen Gesetzesartikel; das wäre komplett irrational.

### Jedes Gesetz hat ein Preisschild

Eine solche Regulierungsbremse funktioniert nur, wenn man eine Vorstellung davon hat, welche Kosten mit neuen Vorschriften verbunden sind. Deren Schätzung qualifiziert die *Weltwoche* mit dem Einwand ab, dass es diesbezüglich keine objektive Wahrheit gebe und Bürokratie mit Bürokratie bekämpft werde. Sie übersieht, dass die Kosten neuer Vorschriften schon heute geschätzt werden. Das ist auch gut so. Wir wollen keine Gesetzgebung im Blindflug. Jedes Gesetz hat ein Preisschild. Kein Unternehmensführer investiert ohne Berechnungen

über künftige Aufwände und Erträge. Vom Gesetzgeber darf das Gleiche erwartet werden. Die Kritik der *Weltwoche* an den Kostenschätzungen schrumpft damit auf die Feststellung zusammen, dass Schätzungen Aussagen über die Zukunft sind und diese ungewiss ist. Da hat sie gewiss recht.

«One in, one out» bewirkt, dass sich die Verwaltung auf die Suche nach Entlastungen für die Wirtschaft machen muss. Das Prinzip schafft einen permanenten Druck im politischen System, Regulierung abzubauen – in einem System, das eigentlich mehr auf die Schaffung neuer als auf die Aufhebung bestehender Gesetze ausgerichtet ist. «One in, one out» führt zu einer Schubumkehr in der Gesetzgebungsmaschine. In Deutschland wird dieses Prinzip mit Erfolg eingesetzt. Seit es Anfang 2015 eingeführt wurde, hat es in der Wirtschaft zu Kosteneinsparungen in der Höhe von einer Milliarde Euro geführt. Das deutsche Parlament hat mit einem ersten Entlastungsgesetz vor allem Unternehmensgründungen erleichtert, beim zweiten Entlastungsgesetz geht es um Erleichterungen für Betriebe mit nur zwei oder drei Mitarbeitern, die keine Spezialisten haben, die sich detailliert mit allerlei Vorschriften auseinandersetzen können. Ende der Legislatur wird Bilanz gezogen und geschaut, ob die Rechtsbefolgungskosten für die Unternehmen konstant geblieben, gestiegen oder, wie bis jetzt in Deutschland, gar gesunken sind. Auch in Grossbritannien, Frankreich und Kanada wird «One in, one out» mit messbarem Erfolg praktiziert. Überraschend, dass ausgerechnet die *Weltwoche* erprobter Praxis theoretische Bedenken entgegenhält.

### **Nutzen ist grösser als Aufwand**

«One in, one out» heisst nicht, dass ein neues Gesetz nur bei gleichzeitiger Aufhebung eines alten beschlossen werden könnte. Das wäre eine sachlich und demokratiepolitisch nicht gerechtfertigte Behinderung des Gesetzgebungsprozesses. Gemeint ist, dass der Bundesrat Änderungsvorschläge unterbreiten und das Parlament über diese Vorschläge dann befinden muss. Will das Parlament von diesen nichts wissen, kann es sie ablehnen. Denn «One in, one out» richtet sich an die Verwaltung, nicht ans Parlament. Ob die Parlamentarier ihre Verantwortung, die Staatstätigkeit einzudämmen, wahrnehmen, entscheiden die Wähler alle vier Jahre. Will das Parlament die Änderungsvorschläge umsetzen, dann durchläuft die Aufhebung der betreffenden Vorschriften den Gesetzgebungsprozess. Das verursacht selbstverständlich Aufwand (was die *Weltwoche* kritisiert). Aber es ist ein Aufwand, der sich lohnt, weil der Nutzen grösser ist. Es verwundert, dass gerade die *Weltwoche* den Beamten und den Politikern zugestehen will, unnötige Gesetze nicht aufzuheben, weil das für sie Aufwand bedeutet!

**Hans-Ueli Vogt** ist SVP-Nationalrat und Professor für Privat- und Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich. Er hat die parlamentarische Initiative «Überregulierung stoppen! Für jedes neue Gesetz muss ein bestehendes aufgehoben werden («One in, one out»)» eingereicht.

### **Kommentare**

+ ***Kommentar schreiben***

**Marco Bless**

21.06.2017 | 21.17 Uhr

Naja, Herr Vogt, ein Land wie die Schweiz, das als einziges auf der Welt den real existierenden Sozialismus zelebriert, braucht nun mal ein Politbüro, bzw. eine Bundesverwaltung, die dauernd neue Verordnungen und Richtlinien emittiert. Mielke hätte eine Dauerreaktion gehabt, hätte er seinerzeit auf ein Überwachungsgesetz nach Schweizer Manier zurückgreifen können und ausser unter Kriegsrecht hat noch keiner die Energieverteilung verstaatlicht. Die Unternehmen sollen ruhig davon

betroffen sein, sie wählen ja kadavergehorsam jene, die uns diese  
Verwaltung und Regierung eingebracht haben.

---